Nummer 243. XX. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Sonnabend, 16. Mai 1891.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Ignaz v. Döllinger und die Judenverfolgungen.

Die ungeheuerlichen Judenverfolgungen, welche gegenwärtig von der russischen Regierung angeordnet werden, erinnern unwillkürlich an die spanischen Greuel, die jetzt genau vor 500 Jahren sich ereigneten. Damals 1391 tobte ein fürchterlicher Sturm über die ganze pyrenäische Halbinsel, dem Tausende und Abertausende von armen, schuldlosen Juden zum Opfer fielen. Was sich damals in Spanien vollzog, das wiederholt sich nach einem halben Jahrtausend, unter den Augen des gebildeten Europa, jetzt in Rußland. Damals wie heute schürte ein pfäffischer Zelot das Feuer. Der spanische Schänder der Religion Christi war ein Archidiakon in Ecija; sein würdiger Nachfolger in Rußland heißt Pobedonezew! Es erscheint uns nicht überflüssig, auch einmal im Vorübergehen an jene schwärzesten Zeiten der Geschichte zu erinnern, und das um so mehr, als die fromme Kreuz-Ztg. vor einigen Tagen die sehr lehrreiche Bemerkung machte, daß die allgemeine Theilnahmlosigkeit Europas angesichts der russischen Judenverfolgungen ein recht bemerkenswerthes Zeichen der Zeit sei. Nun, es ist wahr. Das öffentliche Gewissen Europas hat in den letzten Jahrzehnten mehr als einmal eine gewisse Trägheit gezeigt, so daß es sehr heftiger Aufrüttelungsanstrengungen bedurfte, um dasselbe aus seiner Schläfrigkeit herauszubringen. Das zeigt sich auch bei diesen russischen Greueln. Allein das niedergedrückte Gewissen Europas beginnt sich wieder zu regen, und die verbissenen Feinde aller in christlichem Sinne fortschreitenden Gesittung, nämlich die der Kreuzzeitung anhängenden Sippen, werden sich an dem Triumphe ihrer Schadenfreude nicht mehr lange weiden. Der Kreuzzeitung wollen wir aber den Grund für jene betrübende, von ihr aber in ihrer Herzensbosheit gebilligte Erscheinung rundweg herausjagen. Ihre und der Ihrigen harte Selbstsucht hatten durch die über ein Jahrzehnt anhaltende Herrschaft die feine Empfindung für Unrecht im öffentlichen Leben erdrückt. Eine Hauptburg für diese Gewissensverhärtung und die Abtödtung des öffentlichen Rechtsgefühls ist von jeher die „Kreuzzeitung" und ihr Anhang gewesen. Mit der Religion der Nächstenliebe, wie sie das Alte und das Neue Testament lehren, haben die „Kreuzzeitung" und ihr Anhang nicht nur nichts gemein, nein, sie schließen einander sogar ihrem Wesen nach aus. Agrarische Selbstsucht und die selbstlose Nächstenliebe vertragen sich mit einander wie Feuer und Wasser!

Was es aber mit solch einer methodisch betriebenen Unterdrückung der öffentlichen Rechtsempfindung für das Leben der Völker auf sich hat, das soll uns ein Mann von der unbeugsamen Charakterfest der Gesinnung sagen, wie sie Ignaz v. Döllinger sein ganzes Leben hindurch gezeigt hat. In einer Rede, die der große Kirchengeschichtsforscher vor etwa zehn Jahren in einer Sitzung der Münchener Akademie gehalten, spricht er sich des Weiteren über den Antisemitismus aus. Er nennt diese Angelegenheit eine der ernstesten, von welcher Deutschland seit manchen Jahren bewegt wird, und er meint, die Parteien ständen in dieser Hinsicht so schroff einander gegenüber, wie in dreizehnten Jahrhundert Welfen und Ghibellinen. Dann fährt er fort und sagt, „daß das Schicksal des jüdischen Volkes vielleicht das erschütternste Drama der Weltgeschichte sei; in diesem Drama mit uns, man möchte sagen, eine mittelalterliche Hybris, als der Fluch auf ihm lastende Fluch entgegen — eine Hybris, gemischt aus religiösem Fanatismus, gemeiner Habgier und instinktartiger Rassenabneigung. Sie war das Ergebniß jenes sittlichen und intellektuellen Gebrechens, welches viele Jahrhunderte lang auf den Höhen der Menschheit, wie unten in der Menge gleichmäßig geherrscht hat, zum Theil noch in weiten Kreisen vorhanden ist, wenn auch jetzt durch Furcht, Sitte und öffentliche Meinung gebändigt. Dieses Gebrechen war und ist kurz ausgedrückt der Mangel des Gerechtigkeitssinnes... Die christliche Religion hat diese Gerechtigkeit zusammengefaßt in dem Gebote der Nächstenliebe nach dem Maße der Selbstliebe; aber in fast unabsehbarem Umfange ist von den Herrschenden wie von der Presse, von den Lehrern wie von den Jüglingen, von Wissenden und Unwissenden dieses höchste Gebot nicht verstanden, ignorirt, übertreten worden." Mit einer unverkennbaren Resignation fügt er dann hinzu: „Wie es jetzt um der Gegenwart damit steht, das zu sagen ist nicht meine Aufgabe. Das aber ist nicht zu verkennen, daß eine Nation um so viel höher steht als Trägerin der Kultur, je größer in ihr die Zahl der von dieser höheren Gerechtigkeit durchdrungenen Personen ist und je besser ihre Institutionen dieselben zu schirmen und zu bethätigen geeignet sind."

Man müßte an dem Fortschritt der Menschheit verzweifeln, wollte man sich der Meinung hingeben, daß solche Ideen ganz spurlos an der Entwickelung eines Geschlechtes vorübergehen können. Ansichten, wie diejenigen, welche Döllinger in der Akademie vorgetragen, dürfen aber nicht in den Berichten solch einer gelehrten Körperschaft vergraben bleiben. Die müssen hinaus ins freie, weite, offene Leben. Hier müssen sie als Keime wirken, die in Hunderttausende von Seelen gelegt werden, um hundertfach aufzugehen, um so allmälig die Zahl Derjenigen zu vermehren, welche für jene höhere Gerechtigkeit empfänglich geworden sind. Mit vollem Rechte sagt Döllinger: „in unseren Tagen darf die Wissenschaft nicht mehr, wie dies früher geschah, sich selbstgenügsam vom großen Markt des Lebens entfernt halten, vielmehr hat sie die stärksten Gründe, sich mit ihren besten Früchten an der Lösung der unserer Zeit und Nation gestellten Aufgaben zu betheiligen und mit allen sozial erhaltenden und belebenden Kräften, empfangend und gebend, sich zu verbinden."

In diesem Sinne aufgefaßt, fällt unserer Tagespresse eine ungemein hohe sittliche Aufgabe und Pflicht zu, jene Gedanken der Forscher und Gelehrten in das Volk hineinzutragen. Diese Vermittelungsarbeit bildet gewissermaßen das Apostolat der modernen Presse, und kein anderes Gefühl kommt dem gleich, seines Geschleideinsten Theiles an solch einem Apostolat mitzuwirken. Mögen die Pfaffen und die Junker der Kreuzztg. so viel spötteln, als sie wollen, sie werden die freisinnige Presse unverdrossen an der Erfüllung dieser apostolischen Aufgabe thätig finden. Man hat vielfach in den Apostelfürsten Petrus und Paulus die allerdings nie wieder erreichten und wohl auch unerreichbaren Vorbilder einer politischen Journalistik erblicken wollen, deren Sendbriefe das römische Reich erzittern machten. Die Apostelfürsten werden dadurch schwerlich herabgesetzt, wenn man sie als die ersten und einflußreichsten Tagesschriftsteller betrachtet, welche die Welt gesehen. Diese Römerbriefe, diese Briefe an die Ephéser erscheinen in Wahrheit als Leitartikel; aber freilich Leitartikel, die für die Ewigkeit geschrieben sind. Und für die Ewigkeit sind sie geschrieben, weil sie von dem göttlichen Genius des Rechtes und der Wahrheit durchweht sind. Darum sind sie unvergänglich, weil sie die Empfindung für Gerechtigkeit im öffentlichen Leben, welche unter der Herrschaft der brutalen Selbstsucht zur Zeit des römischen Kaiserreiches unterdrückt war, so ähnlich wie es leider auch heut der Fall ist, wieder von Neuem zu lebhaftester Empfänglichkeit angefacht haben.

---

* In **Bukarest** ist gestern nach längerem Leiden der ehemalige langjährige rumänische Ministerpräsident **Joan Bratiano gestorben.** In ihm hat Rumänien einen seiner tüchtigsten Staatsmänner und besten Patrioten verloren. Nach dem Fehlschlagen der rumänischen Revolution 1848 floh Bratiano nach Frankreich und kehrte erst 1857 in sein Vaterland zurück. Er wirkte mit zur Herstellung der Union der Moldau und Walachei unter dem Fürsten Cuza. Fürst Karol machte ihn 1867 zum Minister, aber schon nach Jahresfrist mußte Bratiano zurücktreten. Er ging dann zur Opposition über und ließ sich verleiten, im August 1870 eine Revolution gegen den Fürsten anzuzetteln, die allerdings rasch unterdrückt wurde. Nichtsdestoweniger ward Bratiano 1876 wiederum an die Spitze der Regierung berufen, welche er fortan volle 12 Jahre leitete. Verschiedene Ministerkrisen überstand er glücklich durch wiederholte Rekonstruktionen seines Kabinets. Bratiano war allmälig ruhiger und besonnener geworden und erhielt sich dauernd im Vertrauen des Königs. Nach dem russisch-türkischen Krieg setzte er die Erhebung Rumäniens zum Königreich durch; unter seinem Regime wurden die Beziehungen zu den Centralmächten freundschaftlich gestaltet, er bahnte eine Anlehnung an den Dreibund an. Im Laufe der Jahre aber riß unter ihm eine verderbliche Korruption ein, die übrigen Führer der liberalen Partei mißbrauchten Bratianos Vertrauensseligkeit in empörender Weise, und diese Korruption zwang Bratiano selbst schließlich zum Rücktritt. Seither sind zahlreiche Ministerien einander gefolgt, eine stabile Regierung hat Rumänien seit Bratianos Abgang nicht mehr gehabt. Mit dem König stand Bratiano, der ein Alter von 39 Jahren erreicht hat, bis an sein Lebensende im besten Einvernehmen.

* * *

Bukarest, 15. Mai. (W. T. B.) In ihrer heutigen Sitzung beendigte die Kammer die Wahlprüfungen, darauf wurde der Regierungskandidat Oberst Mosnovanu mit 97 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Demetre Bratiano erhielt 49, Blaremberg 9 Stimmen, 9 Zettel waren unbeschrieben. Die Kammer vertagte sich bis zum 19. Mai.

---

* Die letzte unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten v. Caprivi abgehaltene Sitzung des preußischen Staatsministeriums soll sich auch mit dem **Entlassungsgesuch des Eisenbahnministers v. Maybach** beschäftigt haben. Die Angelegenheit dürfte sich in Kürze entscheiden. Obgleich über die angebliche Krisis in unterrichteten Kreisen große Zurückhaltung beobachtet wird, ist es doch kein Geheimniß, daß seit längerer Zeit zwischen dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten und dem Finanzministerium nicht in allen Punkten Uebereinstimmung befand. Herr v. Maybach, der die Interessen seines Ressorts stets kräftig zu wahren verstanden hat, dürfte jetzt keine Lust zu weiteren Kämpfen mehr haben. In Bezug auf die eventuelle Nachfolgerschaft erinnert eine Berliner Korrespondenz des „Hamb. Korr." daran, daß der Name des Präsidenten Thielen in Hannover zuerst nach dem Kaisermanöver bei Hannover 1889 genannt wurde, bei dem sich dieser Beamte durch seine zweckmäßigen Anordnungen für die rasche Beförderung der Truppen die besondere Anerkennung der Generalstabschefs erwarb. Als dann zwischen dem Generalstabe unter dem Grafen Waldersee und der preußischen Staatsbahnverwaltung gewisse Differenzen über militärische Anforderungen an den Staatsbahnbetrieb entstanden, wurde Präsident Thielen neben dem Chef des Ingenieurkorps General Golz zuerst mit als Nachfolger v. Maybachs bezeichnet. Die Differenzen wurden jedoch bald zu beiderseitiger vollster Zufriedenheit beigelegt. Wer auch das Portefeuille erhalten möge, Herr v. Maybach wird für jeden Nachfolger in einer Richtung ein Vorbild bleiben, nämlich in der Unabhängigkeit, die er gegenüber den Parteien, den Interessenkreisen, Kartellen und Ringen, und auch seinen Kollegen, Fürst Bismarck nicht ausgenommen, bethätigte.

Die „Münchener Allg. Ztg.", welcher die Einreichung des Entlassungsgesuches aus Berlin von „unterrichteter Seite" bestätigt wird, druckt nachstehende, aus derselben Quelle stammende Bemerkungen ab:

„Nachdem Herr v. Maybach die Durchführung des Staatseisenbahnsystems feinerzeit mit Energie und Umsicht vollzogen hatte, war im Wesentlichen die Aufgabe gelöst, die ihn ins Amt gerufen hatte. Seine weitere Thätigkeit hat wenig Beifall gefunden. Man hat dem Minister wohl mit Recht den Vorwurf gemacht, daß, nachdem einmal das Hauptziel erreicht war, sein Bestreben auf Erhaltung dessen ausging, was vorhanden war, und auf möglichste Sparsamkeit in der Verwaltung des Eisenbahnwesens; die drängenden Forderungen nach weiterem Ausbau unseres Eisenbahnnetzes, nach Verbesserung der Kommunikationsmittel, nach größerer Bequemlichkeit der äußeren Einrichtungen blieben unberücksichtigt. Wir verloren immer mehr die führende Stellung auf diesem Gebiete. Neue Ideen, wie etwa die des Zonentarifs, fanden auch in bescheidenster Fassung keinen Anklang, und in militärischen Kreisen wurde geradezu mit Besorgniß darauf hingewiesen, daß unser rollendes Material nur schwer im Stande sein werde, den hochgespannten Forderungen zu genügen, welche das moderne Kriegswesen an die Verkehrsanstalten stellt. Der Grundsatz, den Fürst Bismarck schon im Jahre 1874 aufstellte, daß die Eisenbahnen weit mehr für den Dienst des Verkehrs als für den Dienst der Finanzen bestimmt seien, ist der Grundsatz des Ministers vielleicht in der Theorie, in der Praxis ganz bestimmt nicht gewesen. Heute steht Deutschland, was Bequemlichkeit, Comfort, Schnelligkeit der Eisenbahn betrifft, lange nicht mehr in erster Reihe, und wie wir hören, ist aus Sparsamkeitsrücksichten mit nothwendigen Ausbesserungen der Wagen und Wege so sehr gezögert worden, daß die Herstellung eines normalen Status jedenfalls weit größere Kosten verursachen wird, als in Aussicht genommen sind."

Soviel steht jedenfalls fest, nachdem nun einmal durch Herrn v. Maybach die Verstaatlichung der Eisenbahnen durchgeführt worden, wird sein Nachfolger ein ganzer Mann sein müssen, wenn das große Staatsbahnnetz den Bedürfnissen des sich stets steigernden Verkehrs auch nur einigermaßen genügen soll.

---

* Aus **Nordschleswig** wird uns geschrieben: Steht uns ein **Rückschlag** bevor? Wir **Deutschen** der Nordmark haben seither **Sieg auf Sieg** über die **Dänen** errungen. Bis 1890 vergrößerte sich bei jeder Reichstagswahl die Zahl der Ortschaften mit deutscher Mehrheit; die Zahl der deutschen Wahlmänner nahm stetig zu; in Städten und Flecken wurde die Vertretung ausschließlich deutsch; auch bei den Kirchenwahlen folgte ein Sieg dem andern. Leider scheint in unserem Siegeslauf ein Stillstand einzutreten. Schon im Februar 1890 sanken im 1. Wahlkreise die deutschen Stimmen von 3496 auf 3210, während die dänischen von 8511 auf 8707 stiegen. Die Niederlage der Deutschen bei den kirchlichen Gemeindevertreterwahlen in Apenrade, wo die Dänen mit 102 gegen 17 deutsche Stimmen siegten, wurde bereits gemeldet; ein zweiter Mißerfolg der Deutschen ist in Alt-Hadersleben zu verzeichnen. Hier erzielten die dänischen Kandidaten je 98 gegen 95 bezw. 94 deutsche Stimmen, während bei der Gemeindewahl 1889 die deutschen mit 100 bezw. 99 gegen 93 dänische Stimmen den Sieg errangen; in der Landgemeinde wurden diesmal die dänischen Kandidaten fast einstimmig gewählt, 1889 gelang dies nur mit geringer Mehrheit, 74 gegen 57 Stimmen. Die neuesten Mißerfolge geben zu denken. Wenn auch die Siege der Dänen theilweise durch Ueberrumpelung erreicht sind, so ist doch die Wahlenthaltung bezw. geringe Betheiligung der Deutschen ein Zeichen der Schwäche. Dies ist um so auffallender, als wiederholt für ganz Nordschleswig ein deutscher Centralverein geschaffen ist. Anscheinend denkt jetzt Mancher: die Centralleitung wird Alles besorgen, Du kannst ganz ruhig sein. Bei der vortrefflichen Organisation der Dänenpartei, deren Wählerverein für alle Ortschaften Vertrauensmänner bestellt, müssen überall deutsche Ortsvereine ins Leben gerufen werden; denn die Centralleitung ist außer Stande, Alles zu übersehen. Dies ist namentlich bei dem jämmerlichen Modus der kirchlichen Gemeindevertreterwahlen der Fall, deren Ankündigung plötzlich an einem Sonntag von der Kanzel herab erfolgt; von einem bestimmten Termin ist keine Rede; in dem einen Orte wählt man bei Schnee und Eis, in dem andern zur heißen Erntezeit; es herrscht hier eine Unsicherheit, die zur Willkür wird. Wer am Tage der Wahlankündigung nicht in der Kirche ist, geht sehr oft seines Wahlrechts verlustig. Daß aber die Dänen über die Wahlen besser Bescheid wissen als die Deutschen, kann bei den hier herrschenden Zuständen nicht Wunder nehmen. Die Deutschen Nordschleswigs nämlich vertreten die Intelligenz; Träger des Deutschthums ist außer den Beamten der Kaufmannsstand, der gebildete Bauern-, Handwerker- und Arbeiterstand; diese Elemente sind in kirchlicher Beziehung durchweg freisinnig. Da aber die nordschleswigsche Geistlichkeit bis auf drei oder vier Prediger der starrsten Orthodoxie angehört, so ist die Betheiligung der Deutschen am Gottesdienste eine recht schwache. Die breiten Massen der dänischen Partei stehen den Deutschen an Bildung bedeutend nach; der Bildungsunterschied giebt sich schon in dem guten Deutsch auf der einen und dem entsetzlichen Nabendänisch auf der anderen Seite kund. Selbstverständlich giebt es in den führenden dänischen Kreisen sehr viele hochbegabte und geistreiche Männer — die dänischen Wählermassen aber sind weniger gebildet und vorwiegend kirchlich-orthodox. Da sie, wie gesagt, eifrig den Gottesdienst besuchen, kann es nicht ausbleiben, daß die Dänen die deutschen Gemeindevertreter wieder beseitigen. Unser bisheriges elendes Wahlsystem bedarf dringend einer Reform. Der jetzige Wahlmodus ist die Hauptursache unserer Mißerfolge.

---

* Die Herren **Zünftler,** welche vorgeben, nur die Hebung des Handwerkerstandes bewirken zu wollen, verfolgen bekanntlich rein egoistische Ziele. Sie versprechen sich vieles von der demnächst zusammentretenden „Handwerker"-, richtiger „Innungs"-Konferenz. Es wäre sehr wünschenswerth, wenn ihnen auf derselben einmal gehörig der Standpunkt klar gemacht würde, damit sie nicht noch übermüthiger werden, als sie bereits schon sind. Der geringe Bruchtheil der Handwerker, welcher zünftlerisch gesinnten Innungen angehört, beabsichtigt nicht nur, die Kollegen, welche solchen Vereinigungen nicht angehören, auf jede Weise zu schädigen, wozu ihnen leider auch in gesetzliche Handhaben, wie der berühmte § 100e, zu Gebote stehen, sondern greift auch bereits in das freie Selbstbestimmungsrecht der ganzen Bevölkerung in der anmaßendsten Weise ein. In Leipzig versuchen sich die Herren von der dortigen Bäckerinnung auf eine originelle Weise mit Gewalt einen festen Kundenkreis gegenseitig zu garantiren. Das dortige „Tgbl." berichtet darüber:

> In der letzten Versammlung der Bäckerinnung ist ein Beschluß gefaßt worden, der für weitere Kreise des Publikums nicht nur Interesse, sondern auch eine einschneidende Wirkung haben dürfte. Derselbe verpflichtet die Mitglieder, Backwaaren nicht mehr in Häuser zu senden, in denen Innungsmitglieder wohnen. Den dagegen Handelnden soll mit der Strafandrohung von 100 Mark „die nöthige Moral beigebracht werden". Von einem vorgeschlagenen, etwas sehr drastischen Verfahren gegen die Zuwiderhandlungen sah man jedoch ab. Ob der mit diesem Beschluß gegen eine nicht kleine Zahl der Einwohner ausgeübte Zwang, das Brod und die Backwaaren nicht mehr dort zu kaufen, wo es ihnen aus verschiedenen Gründen besser zusagt, die gewünschte Wirkung haben wird, und ob derselbe überhaupt gerechtfertigt ist, dürfte zu bezweifeln sein. Wir kennen eine große Anzahl von Familien, die, obgleich sie in Häusern von Bäckern wohnen, seit einer langen Reihe von Jahren das sogenannte Landbrod aus den Bäckereien der Vororte beziehen, weil es ihnen kräftiger schmeckend erscheint und besser mundet. Diese sollen also jetzt gezwungen werden, da es ihnen nicht möglich ist, ihren Bedarf an Brod aus so weiter Ferne selbst zu holen oder holen zu lassen, eine ihnen nicht zusagende Backwaare zu kaufen. Also ein Boykott im vollsten Sinne des Wortes, wenn auch ein recht eigenartiger, da derselbe von der Bäckerinnung nicht nur gegen das Publikum, sondern sonderbarer Weise auch gegen die eignen Innungsmitglieder ausgeübt werden soll.

Recht tröstlich ist übrigens die Bestimmung, daß dieser Beschluß erst mit dem 1. Oktober d. J. in Kraft tritt. Es ist mithin den betreffenden Konsumenten noch eine längere Frist gestattet, ihren